

## Antrag

### der Fraktion der CDU/CSU

## Russlands neuen Akteuren in Afrika entschieden entgegentreten

Der Bundestag wolle beschließen:

### I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Über viele Jahre diente die Söldnergruppe Wagner als Speerspitze des russischen Einflusses in Afrika. Sie etablierte Beziehungen mit autoritären Machthabern insbesondere im Sahel, allen voran Mali, beginnend bei der Zentralafrikanischen Republik und im Sudan. Darüber hinaus baute Wagner ein zwielichtiges wirtschaftliches Netzwerk auf, das über die letzten Jahre Milliardenbeträge erwirtschaftete und damit auch den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine mitfinanziert. Allein mit Abbau von afrikanischem Gold hat Russland in den letzten zwei Jahren nach Expertenschätzungen angeblich mehr als 2 Mrd. US-Dollar verdient.

Die EU hat die Wagner-Gruppe für diese Aktivitäten sowie für ihre Rolle im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und ihre Verbrechen gegen die Menschlichkeit auch in Afrika und in Syrien zurecht in mehreren Schritten mit Sanktionen belegt ([www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/04/13/russia-s-war-of-aggression-against-ukraine-wagner-group-and-ria-fan-added-to-the-eu-s-sanctions-list/](http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/04/13/russia-s-war-of-aggression-against-ukraine-wagner-group-and-ria-fan-added-to-the-eu-s-sanctions-list/)). Die juristisch machbare und politisch gebotene Terrorlistung der Gruppe wurde jedoch nie umgesetzt. Dagegen wurde die Wagner-Gruppe im September 2023 durch die britische Regierung als Terrororganisation eingestuft ([www.gov.uk/government/news/wagner-group-proscribed](http://www.gov.uk/government/news/wagner-group-proscribed)). Bereits im Januar 2023 stuften die USA Wagner als transnationale kriminelle Organisation ein ([www.gov.uk/government/news/wagner-group-proscribed](http://www.gov.uk/government/news/wagner-group-proscribed)). Gleichzeitig sanktionieren die USA seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine schrittweise Personen und Unternehmen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Wagner-Gruppe stehen (<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy2164>).

Als Reaktion auf den Putschversuch des Wagner-Chefs Jewgeni Prigoschin gegen den russischen Verteidigungsminister Sergei Schoigu am 23. Juni 2023 hat die russische Regierung die Gruppe seitdem bewusst abgewickelt und ihre Aufgaben, Personal und Netzwerke schrittweise an neue Akteure übertragen. Diese Akteure wie auch dazugehörige Unternehmen sind zum großen Teil noch nicht durch westliche Sanktionen belegt. Russland kann durch diese „Umschichtung“ seiner Aktivitäten folglich bestehende Sanktionen umgehen. Das dürfen wir nicht akzeptieren.

Die neue Speerspitze des russischen Einflusses in Afrika wird gebildet durch das „Afrikakorps“, das primär die militärischen Aspekte von Wagner nachbilden soll, und die „African Initiative“, die den Staffstab im Bereich der Desinformationen übernimmt. Bisher ist keine dieser beiden Organisationen mit Sanktionen durch die EU belegt.

Das Afrikakorps hat bereits die Wagner-Operationen in Mali, Libyen und der Zentralafrikanischen Republik übernommen. Es hat ebenfalls Soldaten nach Burkina Faso entsandt. Die avisierte Gesamtgröße der Organisation soll in naher Zukunft mindestens mehrere Tausend Mann betragen. Hierfür wurden zahlreiche Mitglieder der Wagner-Gruppe übernommen. Auch wirtschaftlich baut die Gruppe ihr Netzwerk aus. Sie kontrolliert beispielsweise eine Goldmine in Gao in Nord-Mali, nahe dem ehemaligen Bundeswehr-Standort. Ebenso ist die Organisation dabei, ihr Netzwerk an illegalen Finanzströmen etwa über die Etablierung einer Krypto-Währung in der Zentralafrikanischen Republik zu restrukturieren.

Die African Initiative betreibt – ähnlich den Trollfabriken des Wagner-Netzwerks – sowohl pro-russische Propaganda als auch gezielt antiwestliche Desinformation. Es hat zu diesem Zweck bereits Büros in Mali und Burkina Faso eröffnet. Das US-Außenministerium hat öffentlich dargelegt, wie die African Initiative bewusst Fake News über westliche Gesundheitsinitiativen in Afrika verbreitet, um damit das Vertrauen der Bevölkerung zu untergraben. Dies hat besonders dramatische Folgen für die Menschen vor Ort, da hiermit die Zahl derer, die wichtige Gesundheitsangebote wie z. B. zur HIV-Prävention annehmen, reduziert wird ([www.state.gov/the-kremlins-efforts-to-spread-deadly-disinformation-in-africa/](http://www.state.gov/the-kremlins-efforts-to-spread-deadly-disinformation-in-africa/)).

Durch das Afrikakorps und die African Initiative mag sich das Gesicht des russischen Einflusses in Afrika ändern – das menschenverachtende und kriminelle Verhalten tut es jedoch nicht. Im Gegenteil: Während Russland bei Wagner nach Außen eine gewisse Unabhängigkeit über eine Private Military Company (PMC) darstellen wollte, untersteht das Afrikakorps direkt dem russischen Verteidigungsministerium. Dies ist ein weiterer Beleg, dass Moskau nicht nur seine Ambitionen in Afrika aufrechterhält, sondern diese immer offener zum Ausdruck bringt. Die Untergrabung westlicher Partnerschaften auf dem afrikanischen Kontinent ist wichtiges Ziel des Afrikakorps und der African Initiative – mit direkten sicherheitspolitischen Konsequenzen für Deutschland und Europa. Es ist deshalb unabdingbar, dass auch diese Organisationen und das dahinterstehende Netzwerk aus Personal und Unternehmen durch die Europäische Union unverzüglich und umfassend sanktioniert werden.

Deutschland sollte hier gleichzeitig auch eine Vorbildfunktion zur Überprüfung des eigenen Rechtsrahmens mit Bezug zu sog. Söldnern nach der Genfer Konvention mit Artikel 47 des Zusatzprotokolls von 1977 (APGC77), der UN-Konvention zu Söldnern von 2001 sowie dem Montreux-Dokument zu privaten Militär- und Sicherheitsunternehmen von 2008 übernehmen. Das Vereinigte Königreich hat vor wenigen Wochen als erster G7-Staat direkte Sanktionen gegen das Afrikakorps erlassen. Die Schwächung der russischen Afrikapolitik durch den Sturz des verbündeten Ex-Diktators Assad in Syrien, dessen Land von Russland auch als Drehkreuz für Militärgüter nach Afrika benutzt wurde, stellt eine gute Gelegenheit dar, durch Sanktionen weiteren Druck auszuüben.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,
1. sich auf europäischer Ebene für die unverzügliche und umfassende Sanktionierung des neugeschaffenen russischen Afrikakorps, der African Initiative und jeglicher damit verbundener Entitäten einzusetzen;
  2. einen Mechanismus zu etablieren, der die Übernahme von Wagner-Operationen durch neue russische Akteure genauestens überwacht und diese zügig und klar benennt, um Lücken im Sanktionsregime zu vermeiden und um außen- und entwicklungspolitische Handlungsoptionen zu formulieren. Dazu gehört etwa ein stärkerer Austausch mit Experten für hybride Sicherheit sowie privaten Sicherheitsakteuren der US-amerikanischen und britischen Außenministerien, die Nut-

zung und Stärkung von Open Sources zur Nachverfolgung der Aktivitäten der russischen Afrikakorps und der African Initiative durch Plattformen wie Future Frontlines ([www.newamerica.org/future-frontlines/](http://www.newamerica.org/future-frontlines/)) und die Stärkung von lokalen Kapazitäten, des Rechtsrahmens und Parlamenten afrikanischer Staaten zur Regulierung des privaten Sicherheitssektors etwa im Rahmen der bestehenden Ertüchtigungsinitiative der Bundesregierung sowie auch die ECOWAS, soweit noch möglich, als Regionalorganisation bei der Umsetzung des bereits bestehenden Sicherheitssektorreformprogramms mit Bezug auf das Montreux-Dokument sowie ICoCA (International Code of Conduct Association: <https://icoca.ch/>). Zugleich sollte die Bundesregierung als Mitglied der offenen zwischenstaatlichen UN-Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung des Inhalts eines internationalen Regulierungsrahmens, der sich auf die Tätigkeit privater Militär- und Sicherheitsdienste bezieht ([www.ohchr.org/en/hr-bodies/hrc/pms-cs/igwgindex1#:~:text=On%202017%2C%20the%20Human%20Rights%20Council,further%20inputs%20from%20Member%20States%20and%20other%20stakeholders](http://www.ohchr.org/en/hr-bodies/hrc/pms-cs/igwgindex1#:~:text=On%202017%2C%20the%20Human%20Rights%20Council,further%20inputs%20from%20Member%20States%20and%20other%20stakeholders)), größere Anstrengungen in dessen Rahmen zur Schaffung eines Textes im UN-Rahmen unternehmen;

3. im Einklang mit dem Antrag „Deutsche Strategie zum Umgang mit Russlands wachsendem Einfluss in Afrika“ (Drucksache 20/4048) der CDU/CSU-Fraktion aus dem Jahr 2022 endlich eine kohärente und ressortübergreifende Strategie vorzulegen, um Russlands wachsenden Einfluss in Afrika, insbesondere in der Sahelzone sowie in Zentralafrika und dem Horn von Afrika, effektiv einzudämmen;
4. sich in Abstimmung mit Deutschlands Verbündeten und afrikanischen Partnern weiter dafür einzusetzen, dass russische Pläne für permanente Militärbasen in Afrika, wie z. B. für eine Marinebasis im Sudan, keinen Erfolg haben werden;
5. die durch die schrittweise Auflösung Wagners entstehenden Möglichkeiten zu nutzen, und gemeinsam mit unseren Verbündeten afrikanischen Staaten attraktive Angebote auch im Rahmen der European Peace Facility zu machen, damit diese ihre bestehende Bindung an Russland aufgeben;
6. sich eng mit Frankreich, den USA und dem Vereinigten Königreich sowie weiteren wichtigen europäischen und internationalen Partnern auszutauschen, um einen neuen und kohärenten Ansatz zu finden, um Russlands Einfluss auf dem afrikanischen Kontinent insbesondere im Sahel einzudämmen und zurückzudrängen;
7. im europäischen Zusammenschluss entwicklungs- und handelspolitische Maßnahmen sowie Infrastrukturprojekte im Rahmen der EU-Initiative Global Gateway strategischer einzusetzen, um unseren Mehrwert für afrikanische Partner noch klarer zu präsentieren und damit Beziehungen nachhaltig zu stärken;
8. die Handelsbeziehungen der EU mit afrikanischen Staaten durch die Ausweitung und den Neuabschluss von Freihandelsabkommen zu steigern und noch tiefergehende Unterstützung anzubieten, um den Ausbau der African Continental Free Trade Area voranzubringen;
9. in ihrer eigenen Kommunikation gegenüber afrikanischen Regierungen und der Bevölkerung nicht nur die russischen Narrative zu kontern, sondern selbst aktiver und öffentlichkeitswirksamer die Verbrechen des russischen Regimes darzulegen und dabei insbesondere das kolonialistische, kriminelle Verhalten des russischen Regimes klar zu benennen. Insbesondere aufgrund der Vergewaltigung von Frauen als besonders perfides Kriegsmittel durch russische Akteure in afrikanischen Ländern sollte die feministische Außenpolitik der Bundesregierung den Schutz von Frauen und die Verurteilung der Vergewaltigungen als Kriegsverbrechen als oberste Priorität setzen, entsprechend außenpolitisch handeln und in afrikanischen Ländern öffentlich kommunizieren. Außerdem sollten bekannt gewordene Hintergrundinformationen von westlichen Informationsdiensten über

russische Pläne zum Umsturz von afrikanischen Regierungen wie etwa im Tschad durch die USA ([www.washingtonpost.com/world/2023/04/23/chad-wagner-russia-leaked-documents/](http://www.washingtonpost.com/world/2023/04/23/chad-wagner-russia-leaked-documents/)) ebenso öffentlichkeitswirksam in afrikanischen Medien verbreitet werden;

10. dem Beispiel Frankreichs folgend die Mittel für Kommunikation an den deutschen Botschaften in Afrika spürbar zu erhöhen und diese dazu zu nutzen, die positiven Beiträge, die die Bundeswehr, das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in den Ländern leistet, besser zu kommunizieren, wozu auch die engere Zusammenarbeit mit afrikanischen Medien, die Vergabe von Stipendien an afrikanische Journalisten, der Ausbau unserer eigenen medialen Strukturen und Kapazitäten in der Region und die Stärkung von Fact Checking Organisationen gehören sollte;
11. ihre angekündigte Mitgliedschaft in der neuen, während der Münchner Sicherheitskonferenz verkündeten Koalition zur Verteidigung gegen staatlich unterstützte russische Desinformationskampagnen ernst zu nehmen und mit Leben zu füllen.

Berlin, den 17. Dezember 2024

**Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion**